

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Arnold.
Für die Inserate verantwortlich:
Walter Franz.
Beide in Aue i. Erzgeb.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Druck und Verlag:
Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft
m. b. H.
in Aue i. Erzgeb.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: **Tageblatt Aue.** — Fernsprecher für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungs-Katalog. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Inserationspreis: Die Nebenspaltsche Korpuszeile oder deren Raum 10 Pfg., Restlinien 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

Ueber die reichsländische Verfassungsreform ist zwischen dem Reichskanzler und der reichsländischen Regierung in allen Einzelheiten eine Einigung erzielt worden.

Das Militär-Luftschiff W. III hat auf dem Übungsplatz Zeltbain beim Gasfalten Defekt erlitten, wird abmontiert und nach Berlin zurücktransportiert. (S. Art. i. Blg.)

Der Präsident des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, W. B. Fuller, ist in Bar Harbor, einem Badeort am Atlantischen Ozean in Maine, gestorben.

Der österreichische Reichsrat ist gestern vertagt worden, weil es nicht gelungen ist, die Obstruktion der Slaven zu brechen. (S. pol. Tgtsch.)

Die chinesische Militärstudienkommission unter dem Prinzen Tsai Tao traf in Rom ein und wurde offiziell empfangen. Sie wird als Gast des Königs drei Tage verweilen.

Wutwähliche Witterung am 7. Juli: Wechselnde Winde, veränderliche Bewölkung, zeitweise Regen, Gewitterneigung.

Die Lemberger Studentenerzesse und das Allslawentum.

In der Lemberger Universität ist es, wie unsere Leser wissen, zu schweren Kämpfen zwischen polnischen und ruthenischen Studenten gekommen. Man knallte aus Browningrevolvern aufeinander los, ein ruthenischer Student ist tot, 20 Menschen sind mehr oder weniger schwer verwundet und im Lemberger Landesgericht harrten nun 129 ruthenische Studenten der Verurteilung, während gegen 100 andere die Unterfuchung auf freiem Fuß geführt wird. Durch die Straßen Lembergs aber zogen am Freitagabend die Polen und Schlugen an den ruthenischen Schulen und Vereinshäusern die Fenster ein. . . An demselben Tage ist der österreichische Abgeordnete Dr. Kramarz, begeistert von dem fassam bekannten Herrn Klossisch und etlichen ruthenischen und kroatischen Abgeordneten, nach Sofia abgereist, um dort an dem allslawischen Kongresse teilzunehmen, der das Werk des ersten allslawischen Kongresses in Prag vom Jahre 1908 fortsetzen soll. Das Werk dieser Kongresse besteht bekanntlich darin, alle Slaven im Namen des Neoslavismus oder Neopanslavismus zu einigen und zu organisieren. Die alte panslawistische Idee soll auf einen neuen, breiteren Boden verpflanzt werden. Zunächst soll nur eine kulturelle Einigung des Slaventums angebahnt werden — so behaupten wenigstens die Beramtalter und Leiter der Bewegung. Aber es ist bekannt, daß die kulturelle Zusammenschließung nur das Ausgangspunkt für wirtschaftliche Bestrebungen (siehe die geplante Gründung einer allslawischen Bank) und politische Tendenzen bildet, deren Hauptzweck in der Bekämpfung des Pangermanentums besteht soll. Die allslawisch-russische Presse nimmt sich gar nicht mehr die Mühe, dies zu bestreiten, und auch aus den Reden des Abg. Dr. Kramarz, der gewissermaßen den tschechischen Feldherrn des Neoslavismus in Oesterreich bildet, ist zwischen den Zeilen mit voller Deutlichkeit herauszulesen, was der Neoslavismus eigentlich anstrebt. Uebrigens: Die junge tschechische Politik in Oesterreich und der Widerstand der Tschechen gegen jede halbwegs vernünftige und billige Regelung des nationalen Streites in Böhmen ist nur dann zu verstehen, wenn man sie vom Standpunkte der Politik der allslawischen Verbrüderung aus beurteilt.

Aber Herr Dr. Kramarz ist ein Beschwögel und dieser zweite allslawische Kongress in Sofia wird nicht ungetrübte Freuden bringen. Schon daß sich die österreichischen und russischen Polen, die von den allslawischen Phantastereien nichts wissen wollen, und die russischen Kabbeten dem Kongresse fernhalten, bildet einen Vermutungsstrahl im Felde der Verbrüderung. Nun will es aber auch noch der Zufall, daß just an dem Tage, an dem die österreichischen Kabbeten des Neoslavismus nach Sofia abreisen, um dort die Verbrüderung zu feiern, in Lemberg die Schieberet zwischen Polen und Ruthenen stattfindet. Welch eine großartige Illustration für die Solidarität, die alle slawischen Stämme des Nordens und Ostens haben soll. So sehen die neuesten Blüten des Neoslavismus, der seine fünf Sinne beisammen

hat, wird es einfallen, die Ausschreitungen der ruthenischen Studenten in Lemberg zu billigen oder zu beschönigen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß diese Erzesse eine sehr eindrucksvolle Sprache reden. Sie erzählen von der Unterdrückung der 3.3 Millionen Ruthenen in Galizien durch die 4.2 Millionen Polen und gerade diese Lemberger Vorfälle zeigen, wie die Polen die kulturellen Forderungen der Ruthenen behandeln. Die Ruthenen in Galizien sind der ärmere und kulturell weit tiefer stehende Volkstamm und das herrschende Polentum tut alles, um die Ruthenen diesem Zustande zu erhalten. Daher der Haß der Ruthenen gegen die Polen, der in alljährlichen Reibereien und Kämpfen, in der Ermordung des Staatthalter Grafen Andreas Potocki durch den ruthenischen Janatler Siczynski und nun in diesen Schiebereten seinen Ausdruck findet. Es würde zu weit führen, sich hier über alle Gründe dieses Hasses zu verbreiten. Genug davon, daß dieser Haß heftig und in fortlaufenden, heftigeren Gewalttaten seinen Ausdruck findet. Und da redet man dann von Verbrüderung im Zeichen des Neoslavismus! Wer aus den Ereignissen zu lernen versteht, wird wissen, was er von dem Vortragsabend zu halten hat und wie viel Kongresse à la Sofia wert sind. Was hat man uns nicht schon alles einreden wollen! Gehörte es doch eine Zeitlang auch zu den Lieblingsstücken derer um Dr. Kramarz, eine Verbrüderung zwischen den Südslawen und den Italienern an der Adria zu konfigurieren. Und heute sehen wir, daß gerade die Slowenen, von Tschechen, Kroaten und Ruthenen unterstützt, eifrig bemüht sind, das Zustandekommen der Verträge über die italienische Rechtsaufklärung in Wien durch Obstruktion zu verhindern. Solidaritäten lassen sich eben nicht durch Worte erlangen. Herr Dr. Kramarz ist ein Beschwögel, wenn er nicht ein Eulenpiegel ist.

Zur Veteranenfürsorge.

Man hat sicherlich bis in die weitesten Kreise unseres Volkes hinein bedauert, daß die Frage der Veteranenfürsorge im letzten Tagungsabschnitt des Reichstages zu keinem Ende gekommen ist. Dieses Bedauern wird sich noch steigern, wenn man hört, daß auch die Kreise, die diese so dringliche Pflicht des Reiches von ganzem Herzen ihrer Erfüllung zuzuführen wünschen, nach Lage der Dinge wenig Hoffnung auf eine baldige Lösung dieser Frage haben. In einem Artikel in der Kat.-Ztg. legt der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Gördt die Hindernisse dar, die sich dem redlichen Willen der Freunde einer ausgedehnten Fürsorge für unsere Veteranen bisher entgegenstellten und auch weiter noch entgegenstellen werden. Von entscheidender Bedeutung erscheint, wie Dr. Gördt ausführt, die Frage, wie hoch die Zahl der nach den neuen Grundzügen des Empfangsberechtigten sein wird. Daraus ergibt sich die Höhe des Geldbedarfs, und diese wieder ist bestimmend für die Art der Deckung der neuen Anforderungen. Handelt es sich dabei, wie anzunehmen ist, um eine Summe von mehreren Millionen Mark, so kann nur eine neue Einnahmequelle ihre Befreiung ermöglichen, da an dem Grundsatz unter allen Umständen festgehalten werden muß, daß ohne Deckung neue Ausgaben nicht bewilligt werden dürfen. Nach den zurzeit vorhandenen Unterlagen läßt sich jedoch die zur Durchführung der Wünsche erforderliche Summe nicht annähernd bestimmen, so weit Schätzungen überhaupt möglich sind, schwanken sie zwischen 4 und 17 Millionen.

Diese Ungewißheit ist für die Erledigung der Angelegenheit störend und in gewisser Beziehung direkt hinderlich. Deshalb begrüßt Dr. Gördt die Absicht der Reichsregierung, der diesjährigen Volksgählung eine Veteranenzählung anzuschließen, womit zwar eine Verzögerung bedingt ist, die er jedoch deswegen für ungefährlich hält, weil bei dem gegenwärtigen Zustand der Ungewißheit eine zufriedenstellende Regelung ja doch nicht abzusehen ist. Wie freilich nach der Zählung die Deckungsmittel beschafft werden sollen, liegt noch im ungewissen Dunkel der Zukunft. Die Frage der Wehrsteuer scheint endgültig zu den Akten gelegt worden zu sein, nachdem, wie bereits bekannt, der von nationalliberaler Seite in einer Konferenz im Reichshausamt vorgelegte Wehrsteuerplan nach 8 1/2stündiger Verhandlung fallen gelassen worden war. Die Reichswehr zu wahren zu lassen, bietet nunmehr die einzige Hoffnung für die Deckung der erforderlichen Summe; aber auch diese Hoffnung ist wenig sicher, da ja das Schicksal dieser Steuer selbst noch ungewiß ist. Wenn man weiter bedenkt, daß die Reichsregierung sich hüten wird vor den Neuwahlen zum Reichstag noch mit andern Steuerplänen zu kommen, so sind das allerdings recht unerfreuliche Aussichten für unsere Veteranen. Es ist trotzdem dringend zu wünschen, daß sowohl Regierung wie auch die politischen Parteien dieser Frage auch weiterhin ihre ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden, damit nicht immer mehr von denen in Not und Elend sterben, die uns unser Reich miterkämpft haben.

Politische Tageschau.

Nr. 6. Juli.

Reichsversicherungsordnung.

In der Montags- und Dienstagssitzung der Reichsversicherungs-Kommission fand die Generaldiskussion über den Abt. IV Titel VI des 2. Buches statt, der das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten usw. regelt. Der Entwurf will das System der freien Arztwahl und das Kassensystem als gleichberechtigt nebeneinanderstellen, dergestalt, daß zwischen den Kassen und den Ärzten entweder ein allgemeiner oder ein besonderer Arztvertrag abgeschlossen werden kann. Zu diesem Zwecke sollen aus den beteiligten Kassen und den beteiligten Ärzten Beiratsausschüsse gebildet werden und zwar je für den Bezirk des Oberversicherungsamtes ein Beiratsausschuß für allgemeine und einer für besondere Arztverträge. Diese Ausschüsse sollen bestimmte Grundsätze für die Verträge zwischen den beteiligten Krankenkassen und den Ärzten vereinbaren, auf Grund deren alsdann die Verträge zwischen den Kassen und den beteiligten Ärzten abgeschlossen werden sollen. Es sind einige ausführliche Bestimmungen getroffen für die Fälle, daß eine Einigung über die Grundsätze oder über die abzuschließenden Verträge nicht erzielt wird und zwar durch Errichtung und Annufung von Schiedsständen. In der Kommission fanden sich in der Hauptsache drei Ansichten gegenüber, eine nämlich allgemein die freie Arztwahl, eine zweite Meinung will der freien Arztwahl gesetzlich den Vorzug einräumen und das Kassensystem nur ausnahmsweise zulassen, während die dritte Ansicht die Gleichberechtigung beider Systeme nach Maßgabe der Regierungsvorlage anerkennt. Die Diskussion war am Ende der gestrigen Sitzung noch nicht abgeschlossen und wird am heutigen Mittwoch fortgesetzt werden.

* Kaiser Wilhelm als Preisträger des nächsten Friedensnobelpreises. Diese Meldung halten Berliner Blätter schon für sicher. Das Gerücht stammt von einer Mitteilung des Expräsidenten Kooswegel her, der erklärt haben soll, daß Kaiser Wilhelm das Recht habe, den Nobelpreis zu erwarren, weil durch seine Energie der europäische Krieg, der infolge der Annexion Bosniens und Herzogewina drohte, verhindert worden ist. Der Vorsitzende des norwegischen Friedenspreiskomitees bezeichnet das Gerücht als grundlos. Ein solcher Vorschlag könnte vor dem Februar nächsten Jahres nicht eingereicht werden, so daß der Kaiser unter keinen Umständen den diesjährigen Preis erhalten kann.

Der neue Oberpräsident von Schlesien. Wie der Reichsanzeiger mitteilt, ist der Unterstaatssekretär im preussischen Staatsministerium, Herr v. Guenther zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt worden. Auch diese Ernennung beweist, daß in Preußen die streng konservative Tradition in bezug auf die Besetzung der höheren Verwaltungsämter auch unter dem gegenwärtigen Kurse aufrechterhalten wird. Wir sind dadurch in keiner Weise überrascht. In anderen deutschen Bundesstaaten (Aber nicht in Sachsen!) wird man sich vielleicht darüber wundern, daß in Preußen ausschließlich konservativ gerichtete, ablige höhere Verwaltungsbeamte mit solchen Posten betraut werden. In Preußen hat man wie in Sachsen die Bewunderung darüber längst verloren. Nur muß man sich dagegen verwahren, daß man an gewissen maßgebenden Stellen darüber empfindlich wird, wenn in bezug auf die innere Verwaltung von einem einseitig konservativen Parteiprogramm gesprochen wird.

Gäste des deutschen Kaisermandövers. Der Chef des türkischen Generalstabes, Izzet Pascha, sowie der Leiter der türkischen Kriegsakademie, Oberst Jewab, werden an den deutschen Kaisermandövern teilnehmen. Der Gouverneur des zweiten türkischen Armeekorps, Abdulah Pascha, mit einer Reihe anderer Offiziere wird an den unter dem Generalobersten Freiherrn von der Goltz stattfindenden Übungen der türkischen Armeekorps teilnehmen.

Bewerkstelligte Veränderungen in hohen Marinestellen. Wie aus Marinekreisen verlautet, wird der Kieler Stationschef, Admiral von Prittwitz und Gaffron, Ende dieses Jahres in den Ruhestand treten. Der Chef des zweiten Geschwaders, Vizeadmiral Schröder, wird im Herbst von seinem jetzigen Kommando zurücktreten und das Amt eines Stationschefs entweder in Kiel oder in Wilhelmshaven übernehmen.

Der Regierungsentwurf über die reichsländische Verfassung abgeschlossen. Wie die amtliche Strahburger Korrespondenz unter dem 4. Juli mitteilt, ist in einer zweiflügeligen Besprechung über die elsass-lothringische Verfassungs- und Wahlrechtsfragen, die am 2. Juli in Berlin zwischen dem Reichskanzler, dem Statthalter Grafen v. Wedel, dem Staatssekretär des Innern